

Bürgerinitiative unterstützt CCS-Gegner

## Widerstand gegen CO<sub>2</sub>-Verpressung

**Stendal/Salzwedel** (ue/ge). Die Bürgerinitiative (BI) „Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg“ will den Widerstand gegen die unterirdische Kohlendioxidverpressung bei Salzwedel unterstützen. Das teilt Vorstandsmitglied und Sprecher der BI, Wilfried Padel, mit und begründet: Den Befürwortern der CCS-Technologie (CCS: carbon capture and storage - Kohlendioxid abtrennen und speichern) und der Bundesregierung müsse vorgehalten werden, dass sie offensichtlich in den weniger bevölkerten Gebieten Brandenburgs und Sachsen-Anhalts leichtfertig in Kauf nehmen, wenn dort entweder ein weiterer Wegzug der Bevölkerung oder gar eine Entvölkerung durch einen CO<sub>2</sub>-Unfall mit Erstickungsfolgen durch in Bodennähe waberndes CO<sub>2</sub>-Gas stattfindet.

Die Bundesregierung hatte vor kurzem einen Entwurf für ein CCS-Gesetz vorgestellt, das die Abtrennung und unterirdische Speicherung von Kohlendioxid im Boden regeln soll (die Volksstimme berichtete). Nach Ansicht von Professor Jürgen Rochlitz, Vorsitzender der BI, und Oliver Kalusch vom Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz, führt das CCS-Gesetz in eine Sackgasse. Statt vollständig auf regenerative Energien umzustellen, erhalten Braun- und Steinkohle eine Überlebenschance. „Die Bundesregierung erliegt dabei der großen Illusion, CO<sub>2</sub> könne im geologischen Untergrund kontrolliert und sicher gelagert werden“, heißt es in der Pressemitteilung der BI. Vattenfall und GDF Suez wollen Kohlendioxid, das aus einem Kraftwerk in der Lausitz

stammt, in 3 000 Metern Tiefe in einem ehemaligen Erdgasfeld bei Mahlsdorf verpressen. Rochlitz und Kalusch, beide sind auch Mitglieder der Kommission für Anlagensicherheit (KAS), die die Bundesregierung berät, kritisieren auch, dass der Gesetzesentwurf vorgelegt wurde, ohne die Untersuchungen und Überlegungen der KAS abzuwarten.

### Risiko steigt durch zusätzliches Bohren

Rochlitz und Kalusch kritisieren darüber hinaus, dass Empfehlungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen sowie Positionen des Umweltbundesamtes nicht berücksichtigt worden sind. Beide Seiten hätten in Studien nachgewiesen, dass mittelfristig hundertprozentige Versorgungssicherheit mit Energie aus regenerativen Quellen bestünde.

Tatsächlich sei es eine Illusion zu glauben, man könne mit der relativ kleinen Versuchsmenge von 60 000 Tonnen für Ketzin in Brandenburg oder 100 000 Tonnen für Salzwedel Sicherheitserkenntnisse für die mehrere Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eines einzigen Demonstrationskraftwerkes gewinnen. Die Tiefengeologie sei kein Reaktionsgefäß; für das klassische Vergrößerungsmaßnahmen aus der Chemie anwendbar sind. Dabei sei auch eine „CCS-Unschärferelation“ zu beachten: Je genauer man messen will, wo und wie das verpresste CO<sub>2</sub> sich befindet, umso unsicherer werde die Lage durch die zusätzlich nötigen Bohrungen, erläutert Chemie-Professor Rochlitz.